

- (4) Mehr Bürger als fünf Jahre zuvor gaben an, dass ihre Wahlentscheidung stärker von landes- als von bundespolitischen Beweggründen geleitet war. Dies scheint einen Befund der Wahlforschung, „dass es deutliche Anzeichen für einen abnehmenden bundespolitischen Einfluss auf das Wahlverhalten“⁵⁵ bei Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt gibt, in der Tendenz zu bestätigen. Allerdings bildet das Wahlergebnis vom 20. März 2011 durchaus die für die Parteien im Bund gemessenen Stimmungskurven im Grundmuster ab. Insbesondere regionaler Erfolg und Misserfolg der kleinen Parteien, das Scheitern der FDP und der Wiedereinzug der Grünen wurden wesentlich durch die bundespolitische Großwetterlage bestimmt.
- (5) Die Wahlbeteiligung lag um fast sieben Prozentpunkte höher als bei dem Tiefstand von 2006. Von der erhöhten Mobilisierung haben mit Ausnahme der FDP alle im Landtag vertretenen Parteien profitiert. Darauf ist auch zurückzuführen, dass die NPD, die ebenfalls aus dem Lager der Nichtwähler schöpfte, knapp an der Fünf-Prozent-Hürde scheiterte.
- (6) Regionale Differenzen zeigten sich insbesondere beim Wahlergebnis der Christdemokraten und der Grünen, aber auch der NPD. Hochburg der CDU war Wittenberg. Die Grünen erzielten vor allem in den kreisfreien Städten überdurchschnittliche Ergebnisse. Auch wenn rechtsextreme Parteineigungen in Sachsen-Anhalt nicht so stark lokal verwurzelt sind wie in Teilen Sachsens und Mecklenburg-Vorpommerns, konnte die NPD in einzelnen Landkreisen deutlich mehr als fünf Prozent erringen.
- (7) Sozialstrukturell bildete die CDU in allen Alters-, Bildungs- und Berufsgruppen die stärkste Partei. Die Linke punktete insbesondere bei Arbeitslosen und Hartz-IV-Empfängern, die SPD bei den über 60-Jährigen. Die NPD erhält in der Altersklasse der 18- bis 34-Jährigen überdurchschnittlichen Zuspruch.

55 *Ossip Fürnberg / Kai-Uwe Schnapp*, Magdeburger Modell und „rote Laterne“, Wahlen in Sachsen-Anhalt, in: *Kerstin Völkl / Kai-Uwe Schnapp / Everhard Holtmann / Oscar W. Gabriel* (Hrsg.), Wähler und Landtagswahlen in der Bundesrepublik Deutschland, Baden-Baden 2008, S. 381 – 410, S. 407.

Die rheinland-pfälzische Landtagswahl vom 27. März 2011: Dossierter Machtwechsel in Mainz

Heiko Gothe

Die Wahl vom 27. März 2011 wies die größte Volatilität auf, die es in der rheinland-pfälzischen Wahlgeschichte je gab. „König Kurt“ musste einen Rekordverlust hinnehmen, während die Grünen ihren Wähleranteil verdreifachten. Resultat ist die erste rot-grüne Koalition zwischen Rhein und Mosel. Die CDU feierte sich, obwohl sie nur ihr zweitschlechtestes Ergebnis erzielte. Die FDP ist nach 24 Jahren nicht mehr im Landtag vertreten.

1. Die Ausgangslage

Schon die Wahl 2006 hatte in mehrerer Hinsicht historische Dimension: Zum ersten Mal hatte die SPD (45,6 Prozent) die absolute Mehrheit der Mandate errungen, und erstmals war keine bürgerliche Partei an der Landesregierung beteiligt. Die CDU musste das schlechteste Wahlergebnis ihrer Geschichte verkraften (32,8 Prozent). Trotz eines respektablen Ergebnisses (8,0 Prozent) ging die 19 Jahre währende Regierungsbeteiligung der FDP zu Ende. Die Grünen (4,6 Prozent) scheiterten an der Sperrklausel und waren erstmals seit 1987 nicht mehr im Parlament vertreten. Zugleich fiel die Wahlbeteiligung auf ein Rekordtief (58,2 Prozent). Grund für den Sieg war die programmatisch-inhaltlich breite Aufstellung der SPD. Zudem profilierte sich Ministerpräsident *Kurt Beck* als bodenständiger und volksnaher Landesvater. Dem hatte die CDU weder auf Programm- noch auf Personenebene etwas Entscheidendes entgegenzusetzen.¹

Die neue Wahlperiode begann für *Beck* auch mit neuen Herausforderungen: Im Mai 2006 wurde er zum SPD-Bundvorsitzenden gewählt und führte fortan die Landes- und die Bundes-SPD, verzichtete aber auf einen Wechsel in das schwarz-rote Kabinett. Der Pfälzer hatte indes Schwierigkeiten, sich auf der bundespolitischen Bühne zu behaupten: Eine während der Großen Koalition nach Orientierung suchende SPD, innerparteiliche Auseinandersetzungen und Kritik an der Wahrnehmung seiner Führungsrolle sowie eigene Fehler bei der glaubwürdigen Abgrenzung zur Linkspartei² machten ihm zu schaffen.³ *Beck* fühlte sich immer stärker von den Medien bedrängt, denen er bei einer Sommerreise 2008 in die Pfalz einen „Vernichtungsfeldzug“⁴ gegen ihn vorwarf. Die Sitzung des Bundesvorstands am brandenburgischen Schwielowsee im September 2008 endete mit seinem Rückzug vom Bundesvorsitz. Nur eine Woche später feierte die rheinland-pfälzische SPD seine „Rückkehr“ und bestätigte ihn mit 99,5 Prozent der Delegiertenstimmen in seinem Amt als Landesvorsitzender.⁵

2. Der Wahlkampf

Die 15. Wahlperiode und der Wahlkampf waren von einer Reihe von Affären und Skandalen geprägt, durch die sowohl die Regierungspartei als auch die CDU belastet waren. Dazu zählt auf SPD-Seite unter anderem der Bau eines Freizeit- und Geschäftszentrums an der Eifel-Rennstrecke Nürburgring. Die größtenteils landeseigene Nürburgring GmbH investierte einen dreistelligen Millionenbetrag in das Projekt, das durch Kostensteigerungen, Planungsfehler und Missmanagement in die Kritik geriet. Im Juli 2009 führte das geplatzte Finanzierungskonzept zum Rücktritt von Finanzminister *Ingolf Deubel* und zur Einrichtung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses. Ein Jahr später wurde der Landes-

- 1 Vgl. *Heiko Gothe*, Die rheinland-pfälzische Landtagswahl vom 26. März 2006: „König Kurt“ eringt die absolute Mehrheit, in: ZParl, 38. Jg. (2007), H. 1, S. 34 – 51.
- 2 Nach der hessischen Landtagswahl 2008 hatte *Kurt Beck* zunächst ein Bündnis mit der Linken ausgeschlossen, später aber der SPD-Spitzenkandidatin *Andrea Ypsilanti* freie Hand gelassen.
- 3 Vgl. dazu *Richard Hilmer*, Bundestagswahl 2009: Ein Wechsel auf Raten, in: ZParl, 41. Jg. (2010), H. 1, S. 147 – 180, S. 153.
- 4 Zitiert nach *Markus Feldenkirchen / Roland Nelles*, Im Ausnahmezustand, in: Der Spiegel vom 23. Juni 2008, S. 22.
- 5 Vgl. „Zuhause ist Beck noch König“, in: Bild vom 15. September 2008, S. 2.

regierung in einem Gutachten des Landesrechnungshofes fahrlässiges Handeln vorgeworfen.⁶ Beim Umbau einer Schloss-Remise in seiner Geburtsstadt Bad Bergzabern zu einem Hotel musste sich *Beck* erneut gegen Vorwürfe wehren. Bei dem von der öffentlichen Hand geförderten Bauprojekt stieg der Privatinvestor aus, konnte das Hotel aber weiterhin für eine, aus Sicht der Kritiker zu günstige, Pacht weiter betreiben. Wenige Monate vor der Wahl musste sich Justizminister *Heinz Georg Bamberger* einem Misstrauensantrag im Landtag stellen. 2007 hatte er einen neuen Präsidenten am Oberlandesgericht Koblenz ernannt, obwohl dessen Mitbewerber dagegen den Rechtsweg eingeschlagen hatte. Das Bundesverwaltungsgericht gab dieser Klage im November 2010 statt und verfügte, dass das Amt neu vergeben werden müsse. Das Misstrauensvotum gegen *Bamberger* scheiterte jedoch.

Die SPD trat mit dem seit mehr als 16 Jahren amtierenden Ministerpräsidenten *Beck* als Spitzenkandidaten an und wollte sich mit einem modern interpretierten Heimat-Begriff als die „Rheinland-Pfalz-Partei“ profilieren. Inhaltlich stellte sie die gute wirtschaftliche Entwicklung des Landes heraus, zudem den Rechtsanspruch auf Kindergartenbetreuung ab dem zweiten Lebensjahr (beitragsfrei) sowie das gebührenfreie Studium an den Landesuniversitäten und die Einführung der „Realschule Plus“, bei der Haupt- und Realschule zusammengelegt wurden. Für die nächste Wahlperiode versprachen die Sozialdemokraten kleinere Klassen und einen kostenlosen Transport von Fünft- bis Zehntklässlern. Gemäß der in der Verfassung verankerten Schuldenbremse sollen ab 2020 keine neuen Schulden mehr aufgenommen und dafür jährlich 160 Millionen Euro eingespart werden. Im Vordergrund des Wahlkampfes stand jedoch der 62-jährige *Beck*, der sich als bodenständiger Landesvater präsentierte.

In der Landes-CDU galt nach der Wahl 2006 zunächst der neue Fraktions- und Parteivorsitzende *Christian Baldauf* als Hoffnungsträger. Er musste sich jedoch jahrelang um die Aufarbeitung der Wahlkampffärfare seines Vorgängers *Christoph Böhr* kümmern: „Statt als offensiver Oppositionsführer *Becks* Arroganz der Macht zu geißeln (...), musste er hilflos auf immer neue Enthüllungen reagieren.“⁷ Seine Popularitätswerte in der Bevölkerung wurden nie bedrohlich für den Ministerpräsidenten, und eine Spitzenkandidatur für die Landtagswahl befürwortete nur eine Minderheit.⁸ Zudem war sein Rückhalt in der Fraktion nicht breit genug: Bei seiner Wiederwahl als Fraktionschef bekam er im August 2008 nur 23 von 38 Stimmen. Vor diesem Hintergrund überließ er der 38-jährigen Bundestagsabgeordneten *Julia Klöckner* die Spitzenkandidatur und später auch den Vorsitz der Landespartei.⁹ Die Staatssekretärin im Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz suchte sich als frische und junge Alternative zum dienstältesten Ministerpräsidenten zu präsentieren: „Jung gegen Alt, Frau gegen Mann, blond gegen Bart.“¹⁰

6 Vgl. *Thomas Holl*, Spannend wie ein Krimi, nur viel, viel teurer, in: FAZ vom 25. Juni 2011, S. 4. Zwei Jahre nach der Eröffnung haben sich die Erwartungen an die Besucherzahlen des inzwischen mehr als 350 Millionen Euro teuren Projekts bei weitem nicht erfüllt und es wird über eine Schließung in den Wintermonaten nachgedacht (vgl. „Schließung im Winter?“, in: Der Spiegel vom 26. September 2011, S. 16).

7 *Thomas Holl*, Eine Frau mit Zukunft, in: FAZ vom 22. März 2011, S. 3.

8 Siehe Infratest dimap, SWR PoliTrend Rheinland Pfalz September 2009, Berlin 2009.

9 Am 5. Dezember 2010 wurde *Julia Klöckner* bei einem Landesparteitag der CDU mit 99,6 Prozent der Stimmen auf Platz 1 der Landesliste gewählt. *Christian Baldauf* erhielt 93 Prozent für den zweiten Listenplatz.

10 *Matthias Bartsch*, Blond gegen Bart, in: Der Spiegel vom 5. März 2011, S. 32.

Ihr Wahlziel war die Ablösung der SPD als stärkste Kraft. Die Bad Kreuznacherin hatte frühzeitig erklärt, dass sie nicht „mit einem Rückfahr-Ticket in den Wahlkampf an Rhein und Mosel ziehen“¹¹, sondern nach der Wahl auf jeden Fall in der Landespolitik weiter arbeiten wolle und unterstrich damit die Ernsthaftigkeit ihrer Kandidatur.

Die CDU versuchte die Affären der SPD mit dem Begriff „System Beck“ zu brandmarken, hatte jedoch ihrerseits mit Skandalen zu kämpfen. Deshalb gelang es *Klöckner* nicht, die Angriffe gegen die Regierungspartei unter dem Slogan „Rheinland-Filz“ durchgreifend und mit der notwendigen, über jeden Zweifel erhabenen Glaubwürdigkeit zu verfolgen.

Zu den eigenen Skandalen zählt die so genannte „Polizeidatenaffäre“ des Bitburger Abgeordneten *Michael Billen*. Er soll 2009 seine Tochter, eine Polizeikommissarin, dazu angestiftet haben, ihm polizeiliche Informationen über Geschäftspartner des Nürburgring-Projekts zu beschaffen. *Billen* bestritt dies und gab an, die Unterlagen zufällig im Zimmer seiner Tochter gefunden zu haben. Nach einem Machtkampf zwischen *Billen* und *Baldauf* ließ der Landwirt aus Bitburg seine Mitgliedschaft und Arbeit in der CDU-Fraktion ruhen. *Klöckners* Kandidatur sorgte zwar für frischen Wind und Aufbruch in der Landes-CDU, der Rückhalt der jungen Kandidatin war jedoch nicht uneingeschränkt, wie sich an ihrem Scheitern bei der Verhinderung einer erneuten Direktkandidatur *Billens* in seinem Wahlkreis zeigte. Obwohl *Klöckner* bei der Nominierungsversammlung des Bitburger Kreisverbandes persönlich für eine andere Kandidatin warb, wurde *Billen* von zwei Dritteln als Direktkandidat gewählt. Erst im September 2011 sprach das Landgericht Landau *Billen* frei, weil ihm die Vorwürfe nicht nachgewiesen werden konnten.¹²

Noch gravierender für die neue Hoffnungsträgerin aber war die Spendenaffäre ihrer Partei: Für den Landtagswahlkampf 2006 waren 400.000 Euro Fraktionsgelder rechtswidrig verwendet worden. Der damalige Spitzenkandidat *Böhr* hatte Unregelmäßigkeiten hingegen immer bestritten. *Klöckner* suchte kurz vor Weihnachten 2010 den Befreiungsschlag und äußerte sich über ihren Vorgänger „empört und enttäuscht“, weil er die Partei „hinters Licht geführt habe“¹³. Am 23. Dezember erging ein Sanktionsbescheid des Bundestages gegen die CDU über Zahlung von 1,2 Millionen Euro.¹⁴

Das zentrale Wahlkampfthema der CDU war die Bildung, bei der sie einen Stopp des Unterrichtsausfalls und wie die SPD kleinere Klassen versprach und sich für zentrale Abschlussprüfungen stark machte. Die Schulstrukturreform der *Beck*-Regierung wurde zwar kritisiert, sollte aber nicht zurückgenommen werden. Darüber hinaus stellte die CDU die Einhaltung der Schuldenbremse bereits 2016 in Aussicht statt erst 2020, wie in der Verfassung vorgeschrieben.

Die FDP schickte ihren Fraktionsvorsitzenden und früheren Justizminister *Herbert Mertin* in das Wahlrennen. Er machte Schlagzeilen mit kritischen Bemerkungen zu seinem

11 Zitiert nach *Robert Lux*, Ex-Weinkönigin fordert Langzeit-Regierungschef, in: Das Parlament vom 7. März 2011, S. 19.

12 Seine Tochter hingegen erhielt eine Geldstrafe auf Bewährung und muss ein Disziplinarverfahren fürchten; vgl. „CDU-Politiker Michael Billen freigesprochen“, <http://www.swr.de/nachrichten/rp/-/id=1682/nid=1682/did=8632058/obssz8/index.html> (Abruf am 1. Oktober 2011).

13 Zitiert nach *Marc Widmann*, CDU muss Millionen-Strafe zahlen, in: SZ vom 24./25./26. Dezember 2011, S. 1.

14 Das Parteiengesetz schreibt als Strafe die dreifache Summe des rechtswidrig erlangten Betrages vor (§ 31c Abs. 1).

Bundesvorsitzenden *Guido Westerwelle*, den er im Wahlkampf als „Klotz am Bein“¹⁵ beschrieb. In der Bildungspolitik wetterten die Liberalen gegen die „Einheitsschule“. Anders als 2006 fehlte der FDP eine realistische Koalitionsoption.

Die Grünen stellten in ihrem Wahlprogramm den Umwelt- und Klimaschutz in den Vordergrund. Als Ziel formulierten sie eine hundertprozentige Stromversorgung aus erneuerbaren Energien bis 2030. Dies sollte vor allem durch Windenergie realisiert werden. In der Bildungspolitik sprachen sie sich für mehr integrierte Gesamtschulen und einen Vorrang des Elternwillens aus. Aus der außerparlamentarischen Opposition heraus fiel den Grünen eine Profilierung zunächst schwer. Nach dem Atomunglück in Fukushima konnten sie jedoch mit ihren Themen punkten. Die beiden Landesvorstandssprecher *Eveline Lemke* und *Daniel Köbler* bildeten das Spitzenkandidaten-Duo. Die Grünen legten sich zehn Tage vor dem Urnengang wegen der größeren inhaltlichen Schnittmengen vor allem in der Energie-, Bildungs- und Integrationspolitik auf die SPD als Koalitionspartner fest. Sie profitierten in diesem Punkt von der Schwäche der FDP, denn fünf Jahre zuvor fehlte ihnen eine Machtoption, weil SPD und Liberale ihre Zusammenarbeit fortsetzen wollten.

Auf dem Spitzenplatz der Linken warb der 60-jährige *Robert Drumm* um die Gunst der Rheinland-Pfälzer. Die Partei hatte mit einer Reihe von inneren Streitigkeiten und der von ihrer Bundesvorsitzenden ausgelösten „Kommunismus-Debatte“¹⁶ zu kämpfen. Das Wahlprogramm der Linken sah ein Investitionsprogramm in Höhe von vier Milliarden Euro für Bildung, Infrastruktur und Umwelt, die Abschaffung der Schuldenbremse und Steuererhöhungen für Millionäre sowie die Einführung einer Einheitsschule vor.

Lange Zeit schien es so, als würde sich auch das rheinland-pfälzische Parteiensystem auffächern, wie es sich seit 2005 auf Bundesebene und in vielen Bundesländern entwickelt hatte.¹⁷ Doch es kam anders, denn neben einer schwachen Performanz der Bundes-FDP wirbelte ein externes Ereignis die Themenagenda völlig durcheinander: Zwei Wochen vor der Wahl wurde Japan von einem Erdbeben heimgesucht, das zu einer Katastrophe im Atomkraftwerk Fukushima führte, die die letzten beiden Wahlkampfwochen massiv überlagerte. Das galt vor allem für Baden-Württemberg, dessen Energiepolitik stärker als anderswo von der Atomenergie geprägt ist und wo sich der damals amtierende Ministerpräsident im Herbst 2010 besonders für eine Verlängerung der Laufzeiten auch der hiesigen Atommeiler stark gemacht hatte. Doch auch in Rheinland-Pfalz gewann die Atom- und Energiepolitik massiv an Bedeutung. Zwar steht in diesem Bundesland kein Atomkraftwerk, an dessen Abschaltung sich ein politischer Konflikt hätte entzünden können; doch die Rheinland-Pfälzer sind durch die nahen Meiler im hessischen Biblis und im baden-württembergischen Philippsburg unmittelbar betroffen. Während Ministerpräsident *Beck*

15 *Thomas Holl*, „Wie ein Klotz am Bein“, in: FAZ vom 16. Dezember 2010, S. 5.

16 Vgl. *Karin Dauscher*, Im Schatten des Kommunismus, in: Die Rheinpfalz vom 23. Januar 2011, S. 4.

17 Vgl. *Benjamin Höhne* / *Lasse Cronqvist*, FDP und Bündnis90/Die Grünen: Divergierende Ausgangsbedingungen, Entwicklungs- und Durchsetzungschancen im Landesparteienwettbewerb, in: *Ulrich Sarcinelli* / *Jürgen W. Falter* / *Gerd Mielke* / *Bodo Benzner* (Hrsg.), Politik in Rheinland-Pfalz: Gesellschaft, Staat und Demokratie, Wiesbaden 2010, S. 164 – 181, S. 177. Dafür sprachen auch die Infratest dimap-Umfragen im Auftrag des SWR, wenngleich FDP und Linke sich nicht nachhaltig von der Fünfprozentmarke absetzen konnten. Vgl. <http://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundeslaender/rheinland-pfalz/laendertrend> (Abruf am 1. Oktober 2011).

am Tag nach dem Unglück die Bundesregierung zu einem „geordneten Ausstieg“ aus der Atomenergie aufforderte, suchte seine Herausforderin zunächst nach einer Position und thematisierte dann eine Abschaltung von Biblis A sowie eine mögliche „Aussetzung der Laufzeitverlängerung“¹⁸. Am 14. März verabschiedete die Bundesregierung das so genannte „Atom-Moratorium“, nach dem alle deutschen Atomkraftwerke einer Sicherheitsprüfung unterzogen und die sieben ältesten Meiler für drei Monate stillgelegt werden sollten. Atomenergie und die Kehrtwende der schwarz-gelben Bundesregierung überlagerten fortan den noch zwei Wochen dauernden Wahlkampf. Auch bei dem ersten TV-Duell der Spitzenkandidaten in der rheinland-pfälzischen Wahlgeschichte war dies neben der Bildungspolitik und den Affären beider Parteien eines der wichtigsten Themen. Die Fernsehdebatte brachte allerdings keinen eindeutigen Sieger hervor.¹⁹ Bundeswirtschaftsminister *Rainer Brüderle* machte seinen liberalen Parteifreunden im Südwesten den Wahlkampf noch einmal besonders schwer, als er wenige Tage vor der Wahl vor Wirtschaftsvertretern einräumte, dass die Atom-Wende der *Merkel*-Regierung den anstehenden Wahlgängen geschuldet sei.²⁰

Im Verlauf der Wahlperiode und den zwei Jahren, die *Kurt Beck* Bundesvorsitzender der SPD war, war der Rückhalt der SPD und des Ministerpräsidenten in der Bevölkerung deutlich zurückgegangen. Unmittelbar vor dem Wahlgang stellten allerdings mehr als die Hälfte der Wahlberechtigten dem Kabinett *Beck* ein gutes Zeugnis aus. Damit wurde auch die gute wirtschaftliche Entwicklung des Landes honoriert, die zwei Drittel positiv einschätzten. Als Folge hatte sich die Problemwahrnehmung der Bürger auf landespolitischer Ebene grundlegend verändert. Während fünf Jahre zuvor die Arbeitslosigkeit als Problem Nummer 1 in Rheinland-Pfalz angesehen worden war, schob sich nun – gleichauf mit den ökonomischen Themen – die Schul- und Bildungspolitik ins Blickfeld. Die künftige Atom- und Energiepolitik wurde zwar nicht so häufig genannt wie im benachbarten Baden-Württemberg, war aber für immerhin jeden Sechsten eines der drängendsten Probleme. Dass über die von der Landespolitik anzugehenden Aufgaben die Atom- und Energiefrage für viele im Vordergrund ihrer Wahlentscheidung stand, wird später zu zeigen sein.

Insgesamt warben zwölf Parteien um die Stimmen der Wähler. Neben den im Parlament vertretenen waren dies unter anderem Bündnis90/Die Grünen, die Republikaner, die NPD, die Freien Wähler und die Piratenpartei.

3. Das Wahlergebnis²¹

Das Wahlergebnis vom 27. März brachte eine Reihe von historischen Einmaligkeiten hervor (vgl. Tabelle 1). Nach dem Rekordhoch der SPD und dem erstmaligen Erringen der absoluten Mehrheit fünf Jahre zuvor fielen die Sozialdemokraten mit ihrem Ergebnis von

18 Zitiert nach *Thomas Holl*, Rheinland-Pfalz: *Beck* minimiert die Restrisiken, in: FAZ vom 15. März 2011, S. 3.

19 Vgl. „Das Duell“, in: Die Rheinpfalz vom 17. März 2011, S. 15.

20 Vgl. *Michael Baumüller / Klaus Ott*, Brüderle und die Bosse, in: SZ vom 24. März 2011, S. 1; *Winfried Folz*, Merckels Restrisiko heißt Brüderle, in: Die Rheinpfalz vom 25. März 2011, S. 3.

21 Mit der Erststimme („Wahlkreisstimme“) wird der Wahlkreis kandidat in 51 Wahlkreisen gewählt, mit der Zweitstimme („Landesstimme“) eine Landes- oder Bezirksliste einer Partei. Bis auf FDP und Freie Wähler traten alle Parteien mit Landeslisten an. An der Sitzverteilung nehmen nur die Parteien teil, die landesweit mindestens fünf Prozent der gültigen Zweitstimmen erhalten haben.

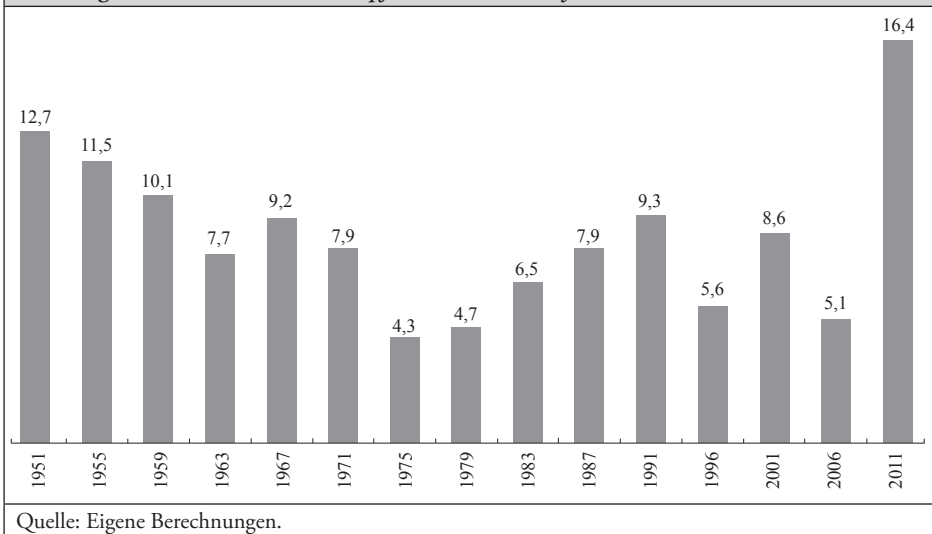
Tabelle 1: Ergebnis der Landtagswahl in Rheinland-Pfalz am 27. März 2011

	Absolut			Prozent		
	2011	2006	Differenz 2011-2006	2011	2006	Differenz 2011-2006
Wahlberechtigte	3.088.199	3.075.577	+12.622			
Nichtwähler	1.179.465	1.284.505	-105.040	38,2	41,8	-3,6
Wähler	1.908.734	1.791.072	+117.662	61,8	58,2	+3,6
Zweitstimme						
Ungültige Stimmen	40.547	37.962	+2.585	2,1	2,1	±0,0
Gültige Stimmen	1.868.187	1.753.110	+115.077	97,9	97,9	±0,0
SPD	666.817	799.377	-132.560	35,7	45,6	-9,9
CDU	658.474	574.329	+84.145	35,2	32,8	+2,5
FDP	79.343	140.865	-61.522	4,2	8,0	-3,8
Grüne	288.489	81.411	+207.078	15,4	4,6	+10,8
Die Linke*	56.054	44.826	+11.228	3,0	2,6	+0,4
REP	15.600	29.919	-14.319	0,8	1,7	-0,9
NPD	20.586	21.056	-470	1,1	1,2	-0,1
ödp	6.997	3.844	+3.153	0,4	0,2	+0,2
BüSo	1.504		+1.504	0,1	0,0	+0,1
ddp	1.656		+1.656	0,1	0,0	+0,1
Freie Wähler	43.348	27.652	+15.696	2,3	1,6	+0,7
Piraten	29.319		+29.319	1,6	0,0	+1,6
2011 nicht angetreten		29.831	-29.831		1,7	-1,7
Anmerkung: Die Prozentpunktdifferenzen wurden mit ungerundeten Stimmenanteilen berechnet und können daher von den Veröffentlichungen des Landeswahlleiters abweichen.						
* 2006 = WASG.						
Quelle: Landeswahlleiter.						

35,7 Prozent nun umso tiefer und verfehlten ihr Wahlziel „40 Prozent plus X“ deutlich. Das Minus von 9,9 Punkten bedeutete nicht nur das Ende der absoluten Mehrheit für die SPD, sondern auch den größten Verlust einer Partei in Rheinland-Pfalz überhaupt. Die sozialdemokratische Fraktion schrumpfte dadurch um ein Fünftel auf nur noch 42 Abgeordnete im weiterhin 101 Sitze umfassenden Landtag. Erwas zulegen konnte die CDU auf 35,2 Prozent (+2,5). Da sie mit diesem Ergebnis nur knapp hinter den Sozialdemokraten landeten und zum ersten Mal seit den 1980er Jahren wieder zulegten, feierten die Christdemokraten sich als Wahlgewinner und ihre Spitzenkandidatin *Julia Klöckner* als „Ministerpräsidentin der Herzen“²², obwohl dies das zweitschlechteste Abschneiden der Partei darstellte. Sie verfügt damit über 41 Sitze, drei mehr als bisher. Der große Wahlsieger waren hingegen die Grünen, denen mit 15,4 Prozent (+10,8) aus der außerparlamentarischen Opposition heraus eine Verdreifung ihres Wähleranteils gelang. Dieser Zuwachs von 10,8 Punkten markiert zugleich die stärkste Bewegung einer Partei in Rheinland-Pfalz überhaupt. Die Grünen stellen nun 18 Abgeordnete im Mainzer Deutschhaus. Eindeutiger Wahlverlierer ist die FDP, die aufgrund eines Minus von 3,8 Punkten nur noch 4,2 Prozent

22 *Thomas Holl*, Kein Sieg und keine Niederlage, in: FAZ vom 28. März 2011, S. 3.

Abbildung 1: Volatilität des rheinland-pfälzischen Parteiensystems seit 1951 (in Prozent)



der Zweitstimmen erreichte und damit nach 24 Jahren nicht mehr im Landesparlament vertreten ist.

Der Stimmenanteil der sonstigen Parteien stieg erneut an (9,4 Prozent). Mit 3,0 Prozent war darunter die Linke am stärksten, scheiterte jedoch deutlich an der Fünfprozenthürde. Nach ihren Einbußen bei der letzten Landtagswahl vermochten die Freien Wähler nun wieder zuzulegen auf 2,3 Prozent. Die rechtsextremen Parteien NPD und Republikaner verloren an Bedeutung (zusammen 1,9 Prozent). Die Piratenpartei konnte ihren Achtungserfolg bei der Bundestagswahl 2009 (1,9 Prozent) nicht halten und erreichte lediglich 1,6 Prozent der Stimmen.²³

Mit diesem Ergebnis bleibt es zwischen Rhein und Mosel bei einem Drei-Parteiensystem (als einzigem Bundesland), wenn auch mit wechselnden Akteuren. Vor allem die Verluste der SPD bewirkten, dass der Stimmenanteil der beiden Großparteien auf ein historisches Tief gesunken ist. Insgesamt sorgten die teils massiven Zugewinne und Verluste für die größte Volatilität²⁴ in der Wahlgeschichte des Landes (vgl. Abbildung 1).

3.1. Wahlbeteiligung

Die mit der Atom-Debatte stark politisierte Themenagenda und der Wunsch nach einem dosierten Wechsel in der Landesregierung mobilisierten die Wählerschaft. Insgesamt beteiligten sich knapp 120.000 Wahlberechtigte mehr als 2006 an der Bestimmung des neuen

²³ Vgl. die umfassende Analyse zur Piratenpartei von *Uda Zolleis / Simon Prokopff / Fabian Strauch*, Die Piratenpartei, Hype oder Herausforderung für die deutsche Parteienlandschaft?, Hanns-Seidel-Stiftung, Aktuelle Analysen 55, München 2010.

²⁴ Volatilität bezeichnet die Netto-Veränderungen der Ergebnisse aller Parteien zwischen zwei aufeinander folgenden Wahlen.

Parlaments, ein Anstieg vom Rekordtief 58,2 auf 61,8 Prozent. Damit scheint zwar der Trend sinkender Beteiligung gestoppt, als Umkehr kann dies aber – angesichts des zweitniedrigsten Beteiligungsniveaus der rheinland-pfälzischen Wahlgeschichte – wohl nicht bezeichnet werden.

3.2. Wählerwanderung²⁵

Auf Basis der Wählerwanderungsbilanz können auf individueller Ebene Wählerströme nachgezeichnet werden.²⁶ Daran zeigt sich, dass die Grünen von der gestiegenen Wahlbeteiligung am stärksten profitieren konnten: Per Saldo gelang ihnen die Mobilisierung von 35.000 ehemaligen Nichtwählern. Sie sind zudem die einzige Partei, die aus allen Richtungen Zugewinne verzeichnete. Der größte Zustrom kam allerdings von den Sozialdemokraten (+87.000), in geringerem Ausmaß auch aus dem bürgerlichen Lager: von der CDU 13.000 und von der FDP 12.000 Stimmen.

Der Einbruch der SPD ist neben Stimmenverlusten an die Grünen auch in deutlicher Abwanderung zur CDU (-37.000) und zu fast allen anderen Parteien begründet. Einzig von der FDP kann sie ein Plus verzeichnen (+10.000). Hinzu kommen Verluste durch die Überalterung ihrer Wählerschaft, die nicht durch Zugewinne bei Erstwählern kompensiert werden konnten. Die Wahlniederlage der Liberalen beruht auf Abwanderung in alle politischen Richtungen. Am größten war der Aderlass zur CDU (-27.000), ging aber auch über die Lagergrenzen hinweg zur SPD und zu den Grünen. Darüber hinaus war die FDP die einzige Partei, die Verluste an das Nichtwählerlager verkraften musste (-8.000).

Wie bei der SPD machte sich bei der CDU der Schwerpunkt bei älteren Wählern bemerkbar, denn durch Überalterung ihres Elektorats gingen ihr 28.000 Stimmen verloren. Hinzu kamen die Abgänge an die Grünen. Auf der Haben-Seite standen jedoch die Zuströme von SPD und FDP sowie die Mobilisierung von 15.000 früheren Nichtwählern.

3.3. Wahlverhalten nach Alter und Geschlecht

Die Analyse des Wahlverhaltens aus sozialstruktureller Perspektive zeigt den Einbruch der SPD besonders deutlich auf (vgl. Tabelle 2). Ihre Verluste betreffen alle Alters- und Bevölkerungsgruppen und fallen meist zweistellig aus. Unter den Wählern bis 59 Jahren liegt die *Beck*-Partei zum Teil nur noch knapp vor den Christdemokraten, bei den über 60-Jährigen fällt sie sogar hinter die CDU zurück. Am deutlichsten ist der Rückgang bei den Jungwäh-

25 Die Analysen zur Wählerwanderung, zu Wahlverhalten und -motiven stützen sich – wenn nicht anders ausgewiesen – auf eine Wählerbefragung von Infratest dimap in 196 repräsentativ ausgewählten Stimmbezirken. Dabei wurden das Stimmverhalten, das Alter und das Geschlecht von insgesamt 24.416 Wählern erhoben. 3.868 Wähler wurden ferner zu den Themen und Motiven ihrer Wahlentscheidung sowie zu weitergehenden sozialstrukturellen Merkmalen befragt. Da in der Wahltagsbefragung Briefwähler nicht berücksichtigt sind, wurden die Ergebnisse nach dem Endergebnis gewichtet, so dass Aussagen über die Gesamtheit der Wähler getroffen werden können.

26 Für eine detaillierte Darstellung der Wanderungsbewegungen siehe Infratest dimap, Wahlreport, Landtagswahl Rheinland-Pfalz 2011, Berlin 2011, S. 9 – 13.

lern von 18 bis 24 Jahren (-16 Punkte), wo die SPD vor fünf Jahren noch knapp jede zweite Stimme erhielt. Dies ergibt ein steiles Altersgefälle, das allerdings bei der CDU noch deutlicher ausfällt.

Den Grünen gelingt es in allen Altersgruppen unter 60 Jahren zweistellig zuzulegen, so dass sie dort jede fünfte Stimme für sich verbuchen können. Der Zuwachs bei den über 60-Jährigen – wo die Grünen traditionellerweise schwach vertreten sind – sorgt dafür, dass sie auch bei den Älteren über der Fünfprozentmarke landen.

Die Partei von *Julia Klöckner* legte in allen Kohorten relativ gleichmäßig zu. Dadurch baute sie ihren Schwerpunkt bei den älteren Wählern aus, blieb aber bei den unter 60-Jährigen rund fünf Punkte unter ihrem Landesergebnis, bei den Jungwählern sogar noch deutlicher (zehn Punkte). Die Spitzenkandidatur einer Frau hat nicht für ein besseres Abschneiden bei den Wählerinnen gesorgt.

Die Halbierung des FDP-Ergebnisses zeigt sich durchgehend in allen Alterskohorten, wobei die Liberalen nach wie vor bei den Männern etwas besser abschneiden. Ginge es nach der männlichen Wahlbevölkerung, hätte die FDP die Fünfprozenthürde möglicherweise übersprungen, bei den Frauen erreichte sie jedoch nur 3 Prozent. Auch die Linke vermochte bei Männern stärker zu punkten als bei Frauen, blieb jedoch bei beiden unter der Parlamentsschwelle.

Die Piraten schafften in den jungen Altersgruppen einen Achtungserfolg: Bei Jungwählern liegen sie mit mehr als sechs Prozent über der Sperrklausel und verpassten diese bei der nächsten Kohorte nur knapp (4,7 Prozent). Noch größeren Rückhalt hatten sie bei männ-

Tabelle 2: Wahlverhalten nach Alter und Geschlecht 2011 und Veränderung gegenüber 2006

	SPD		CDU		Grüne		FDP		Linke	
	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.
Alter										
18 bis 24 Jahre	32	-16	25	+2	21	+14	4	-4	4	+2
25 bis 34 Jahre	31	-12	30	+1	19	+12	6	-4	4	+2
35 bis 44 Jahre	32	-12	31	+4	21	+14	4	-5	3	±0
45 bis 59 Jahre	36	-13	31	+2	19	+15	4	-4	4	+1
60 Jahre und älter	40	-4	45	+3	7	+5	4	-3	2	±0
Frauen										
18 bis 24 Jahre	37	-10	36	+2	17	+12	3	-4	2	+1
25 bis 34 Jahre	34	-15	26	-1	24	+15	3	-5	4	+3
35 bis 44 Jahre	31	-12	29	±0	22	+13	5	-3	3	+2
45 bis 59 Jahre	32	-14	31	+4	25	+16	4	-4	2	±0
60 Jahre und älter	36	-15	32	+3	21	+15	3	-4	3	±0
60 Jahre und älter	42	-4	45	+2	7	+6	4	-3	1	±0
Männer										
18 bis 24 Jahre	35	-9	35	+3	14	+10	5	-4	4	+1
25 bis 34 Jahre	31	-17	25	+5	17	+12	5	-4	4	+2
35 bis 44 Jahre	30	-12	30	+3	17	+11	6	-5	4	+1
45 bis 59 Jahre	33	-10	31	+3	18	+11	5	-6	3	±0
60 Jahre und älter	36	-12	31	+3	18	+14	5	-4	5	+1
60 Jahre und älter	39	-4	44	+3	6	+5	5	-3	3	±0

Quelle: Wahltagsbefragungen von ARD/Infratest dimap.

lichen Jungwählern (acht Prozent). Die rechtsextreme NPD konnte immerhin vier Prozent der 18- bis 24-Jährigen von ihrem Politikangebot überzeugen, zusammen mit den Wählern der Republikaner kamen sie in dieser Gruppe auf über fünf Prozent (tabellarisch nicht ausgewiesen).

3.4. Wahlverhalten nach Bildung und Beruf

Nach wie vor hat die SPD in Rheinland-Pfalz einen Schwerpunkt bei den „einfachen Leuten“: Bei Wählern mit niedriger formaler Bildung schnitt sie am besten ab, wenn auch auf deutlich niedrigerem Niveau als vor fünf Jahren (vgl. Tabelle 3). Überdurchschnittlich stark waren die Sozialdemokraten mit Anteilen über 40 Prozent bei Arbeitern, Rentnern und Protestanten. In ihrer Kernklientel, den Gewerkschaftsmitgliedern, erreichten sie zwar ihren besten Wert, mussten aber zugleich die größten Einbußen verkraften: bei gewerkschaftlich organisierten Arbeitern ein Minus von 20 Punkten.

In dieser Gruppe konnten sowohl CDU als auch Grüne jeweils rund zehn Punkte zulegen. Die Christdemokraten haben den stärksten Rückhalt nach wie vor bei Katholiken,

Tabelle 3: Wahlverhalten in Bevölkerungsgruppen 2011 und Veränderung gegenüber 2006										
	SPD		CDU		Grüne		FDP		Linke	
	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.
Bildung*										
hoch	31	-12	31	+1	24	+15	5	-5	3	±0
mittel	35	-9	36	+2	15	+12	3	-5	3	-1
niedrig	42	-8	39	+5	7	+5	4	-2	4	+2
Tätigkeit										
Arbeiter	44	-6	27	+2	12	+9	3	-2	5	+2
Angestellte	34	-13	31	+2	20	+13	4	-5	3	±0
Beamte	28	-15	42	+2	18	+11	6	-1	1	±0
Selbständige	20	-12	42	+13	18	+10	9	-15	4	+4
Rentner	40	-3	44	+1	8	+6	4	-2	2	±0
Arbeitslose	37	-7	33	+7	9	+7	2	-5	13	+3
Hartz IV-Empfänger	37	-	25	-	8	-	4	-	20	-
Gewerkschaft										
Mitglieder	45	-17	28	+10	13	+9	3	-2	3	-2
darunter Arbeiter	48	-20	30	+19	10	+5	1	-2	2	-2
Nichtmitglieder	34	-8	36	±0	16	+11	5	-4	3	+1
Konfession										
evangelisch	43	-12	28	+5	14	+9	5	-3	3	+1
katholisch	31	-8	45	+1	13	+10	4	-3	2	±0
keine / andere	34	-9	21	+4	26	+16	4	-8	7	-1
* hoch = Abitur / Hochschule / Universität; mittel = Mittel- / Realschule; niedrig = kein Abschluss / Volks- / Hauptschule.										
Quelle: Wahltagsbefragungen von ARD/Infratest dimap.										

Rentnern und Beamten und dank eines Zuwachses um 13 Punkte auf 42 Prozent nun auch bei Selbständigen – hier lag vor fünf Jahren noch die SPD vorne, und die FDP errang ihren besten Wert.

Die Grünen konnten häufig dort die deutlichsten Zugewinne verbuchen, wo die SPD am meisten verlor. Dies galt für Angestellte und Beamte sowie Selbständige, wo sie jede fünfte Stimme auf sich vereinten. Bei Wählern mit Abitur errangen sie sogar jede vierte Stimme, wodurch sich ihr Bildungsgefälle weiter verstärkt. Das bis zur Wahl 2006 übliche Bildungsgefälle der FDP hat sich wegen der größeren Verluste bei Wählern mit hoher formaler Bildung eingebettet. Die Liberalen übersprangen nur noch in wenigen Bevölkerungsgruppen die Fünfprozentmarke. Nach wie vor verzeichneten sie den größten Rückhalt bei Selbständigen, mussten dort zugleich aber den deutlichsten Einbruch verkraften (9 Prozent, -15).

3.5. Wahlverhalten nach Konfessionszugehörigkeit

In dem aufgrund der ländlichen Struktur und der katholischen Dominanz früher als Stammland der CDU bezeichneten Bundesland nahm zuletzt der Einfluss ländlicher und konfessioneller Milieuprägung auf das Wahlverhalten stetig ab. Von dieser Entwicklung „von der vormaligen festgefühten christlich-demokratischen Hegemonialkultur hin zu einer offenen Wettbewerbsdemokratie“²⁷ hatte die SPD in den letzten zwei Jahrzehnten profitiert. Bei der aktuellen Wahl unterstrich die CDU ihre Position im katholischen Milieu auf Individual- und Aggregatebene. Mit einem Wähleranteil von 45 Prozent erreichte sie bei den Katholiken (die in Rheinland-Pfalz immerhin 44,9 Prozent der Bevölkerung ausmachen²⁸) ihren besten Wert, bei regelmäßigen Kirchgängern sind es sogar 64 Prozent.²⁹ Hinzu kommt, dass die Christdemokraten in katholisch geprägten Wahlkreisen mit 39,3 Prozent klar stärkste Kraft sind. Allerdings ist dies kein Beleg für ein Wiedererstarken der Konfessions-Konfliktlinie, denn sie legten nur unterdurchschnittlich zu, und ihr Anteil bei praktizierenden Katholiken nahm sogar ab. Die Grünen hingegen konnten in konfessionell gebundenen Wählergruppen rund zehn Punkte hinzugewinnen. Dies unterstreicht den viel offener gewordenen Parteienwettbewerb, den auch *Jürgen Falter* durch den Nachweis deutlich sinkender Parteigebundenheit in nach 1960 geborenen Generationen belegt³⁰ und den *Uwe Jun* auf den Punkt bringt: „Der Wähler ist beweglicher, unberechenbar

27 *Gerd Mielke / Ulrich Eith*, Die Landtagswahl 1991: Erdbeben oder Ausbrüche? Parteienkonkurrenz und Wählerbindungen in Rheinland-Pfalz in den 80er und 90er Jahren, in: *Ulrich Sarcinelli / Jürgen W. Falter / Gerd Mielke / Bodo Benzer* (Hrsg.), Politische Kultur in Rheinland-Pfalz, Mainz / München 2000, S. 255 – 280, S. 278.

28 Vgl. Deutsche Bischofskonferenz, Bevölkerung und Katholiken nach Bundesländern 2010, http://www.dbk.de/fileadmin/redaktion/Zahlen_und_Fakten/Kirchliche_Statistik/Bevoelkerung_und_Katholiken_BL/2010_Bevoelkerung_Katholiken_Laender.pdf (Abruf am 29. September 2011).

29 Vgl. Forschungsgruppe Wahlen, Wahl in Rheinland-Pfalz, Eine Analyse der Landtagswahl vom 27. März 2011, Mannheim 2011, S. 68.

30 Vgl. *Jürgen W. Falter*, Demographischer Wandel und Wahlverhalten, Studie zum Wahlverhalten älterer Bürger und zu den Folgen des demographischen Wandels in Rheinland-Pfalz, Projektbericht, Mainz 2010, S. 31 f.

rer und inkonsistenter geworden, seine Stimmabgabe muss jedes Mal aus Neue erkämpft werden (...).“³¹

3.6. Wahlverhalten nach Regionen

Die SPD verlor flächendeckend und hält nur noch in 28 der 51 Wahlkreise ihre Stellung als stärkste Partei, fünf Jahre zuvor waren es noch 47. Ihre regionalen Hochburgen blieben aber weitgehend bestehen. Ihre besten Ergebnisse mit über 40 Prozent erzielten die Sozialdemokraten in der evangelisch geprägten Landesmitte sowie im südlichen Westerwald, um Pirmasens herum und in *Kurt Becks* Wahlkreis Südliche Weinstraße. Gleiches gilt für zwei Wahlkreise im Südosten des Landes: Worms nahe des hessischen Atomkraftwerkes Biblis sowie Ludwigshafen II. Nahezu spiegelbildlich waren die Schwerpunkte der CDU verteilt, die im katholisch geprägten Norden (große Teile der Eifel, des Raumes Koblenz und des Westerwaldes) besonders deutlich sind. Die Christdemokraten liegen nun in 23 Wahlkreisen vor der SPD.

Die Grünen waren überdurchschnittlich erfolgreich in Regionen mit hoher Einwohnerdichte und in von Dienstleistung geprägten Gebieten, wo sie knapp jede fünfte Stimme erringen konnten. In den Mainzer Wahlkreisen, in Trier und Ingelheim votierten mehr als 20 Prozent für die Öko-Partei. Sie erzielte darüber hinaus flächendeckend zweistellige Ergebnisse – nur in Pirmasens blieb sie unter zehn Prozent. Im Wahlkreis Bernkastel-Kues – hier wird die von den Grünen abgelehnte Hochmoselbrücke gebaut – blieben sie unter ihrem Landesergebnis. Regionale Schwerpunkte der FDP lassen sich noch am ehesten in Teilen der Eifel, im Hunsrück und in Rheinhessen sowie im Raum Koblenz ausmachen. 2006 lagen die Liberalen in keinem der Wahlkreise unter fünf Prozent, aktuell sind es 43.

Wie die WASG fünf Jahre zuvor erzielte die Linke in den an das Saarland grenzenden Wahlkreisen ihre besten Resultate³², vermochte aber nur in Kaiserslautern I und in Ludwigshafen I die Fünfprozentmarke zu überspringen. Die Freien Wähler schnitten im Wahlkreis Bitburg-Prüm mit 12,3 Prozent am besten ab, offenbar eine Anerkennung der Arbeit von Landrat *Joachim Streit*, der 2009 als Kandidat der Freien Wähler in das Amt gewählt wurde.³³

3.7. Bewertung der Parteien³⁴

Unmittelbar vor dem Wahlgang äußerte sich mehr als die Hälfte der Wahlberechtigten zufrieden mit der SPD-Alleinregierung. Damit wurde auch die gute wirtschaftliche Entwicklung des Landes honoriert, die zwei Drittel positiv einschätzten. Ebenso viele waren auf der

31 *Uwe Jun*, CDU und SPD: Der Kampf um die politische Dominanz im Lande Rheinland-Pfalz, in: *Ulrich Sarcinelli | Jürgen W. Falter | Gerd Mielke | Bodo Benzner* (Hrsg.), a.a.O. (Fn. 17), S. 147 – 164, S. 156 f.

32 Die vier saarländischen und zwei rheinland-pfälzischen Wahlkreise gehörten bei der Bundestagswahl 2009 zu den zehn besten der Linken.

33 Zuvor war *Joachim Streit* zwölf Jahre Bürgermeister der Stadt Bitburg.

34 Die Bewertungen der Parteien und Spitzenkandidaten und die Positionen zur Regierungsbildung basieren auf den Vorwahlforschungen von Infratest dimap, a.a.O. (Fn. 26), S. 17 – 34.

Tabelle 4: Parteikompetenzen (in Zeilenprozenten)

	SPD	CDU	Grüne	FDP	Linke	Keine Partei / weiß nicht
Soziale Gerechtigkeit	<u>51</u>	24	5	1	5	11
Gute Familienpolitik und Kinderbetreuung	<u>46</u>	30	10	1	2	10
Gute Schul- und Bildungspolitik	<u>45</u>	33	6	3	2	10
Arbeitsplätze sichern und neue schaffen	<u>44</u>	34	4	3	1	12
Wirtschaft voranbringen	<u>41</u>	37	2	5	1	13
Gute Haushalts- und Finanzpolitik	34	<u>36</u>	3	5	1	21
Richtiger Umgang mit Atomkraft	21	15	<u>47</u>	1	0	15
Gute Umweltpolitik	16	15	<u>58</u>	2	1	7
Wichtigste Probleme von Rheinland-Pfalz lösen	<u>43</u>	32	4	1	1	17

Anmerkung: Kompetenteste Partei ist unterstrichen.
Quelle: Vorwählerhebung von ARD/Infratest dimap.

einen Seite der Ansicht, dass die 20-jährige sozialdemokratische Regierungszeit das Land vorangebracht habe, doch auf der anderen Seite vertrat rund jeder Zweite die Meinung, dass die SPD wegen der vielen Skandale in der letzten Zeit einen Denkart verdient habe. Einen Koalitionspartner, der der SPD auf die Finger schaut, hielten deshalb 81 Prozent für notwendig. Inhaltlich ist die SPD erneut breit aufgestellt (vgl. Tabelle 4). Obwohl traditionellerweise Kompetenzfelder der CDU, wird den Sozialdemokraten in der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik mehr zugetraut. Zugleich konnten sie sich mit ihrer Kompetenzführerschaft bei der sozialen Gerechtigkeit gegen die Linkspartei abgrenzen.

Die CDU war zwar inhaltlich etwas stärker profiliert als 2006, lag aber trotzdem nicht nur in der Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik, sondern auch in den meisten anderen Politikfeldern weiter hinter der SPD. Lediglich in finanzpolitischen Fragen konnten die Christdemokraten mehr überzeugen. Auch wenn in den Affären und Skandalen der letzten Zeit jeder Zweite einen Grund für einen Denkart sah, waren in der Summe 52 Prozent der Meinung, dass die CDU nach langer Zeit wieder eine ernsthafte Alternative zur Regierungspartei darstellte. In eine Wechselstimmung mündete dies jedoch nicht. Zwar war der Landesverband deutlich besser aufgestellt als fünf Jahre zuvor, musste jedoch aufgrund der Atomdebatte mit erheblichem Gegenwind kämpfen. Drei Viertel der Rheinland-Pfälzer waren überzeugt, dass der Kurswechsel der Bundesregierung nach dem Fukushima-Unglück nicht glaubwürdig sei und hielten ihn für ein Wahlkampfmanöver. 85 Prozent sahen ihre Sorgen beim Thema Atomkraft von der CDU lange nicht ernst genommen.

Die Grünen konnten auf einen enormen Glaubwürdigkeitsbonus setzen, basierend auf ihrer Beharrlichkeit in Umwelt- und Klimafragen, wo sie das größte Sachvertrauen genossen. Eine Mehrheit attestierte ihnen, dass sie die Risiken der Kernkraft besser eingeschätzt hatten und dass sie stärker für den richtigen Umgang mit der Atomkraft sorgten als andere Parteien. Über diese Themen hinaus fiel den Grünen als außerparlamentarische Kraft eine Profilierung allerdings schwer. Ihnen kam jedoch ein Unbehagen gegenüber der SPD-Aleinregierung zugute: Zwei Drittel befürworteten eine Regierungsbeteiligung der Grünen.

Der Bedeutungsverlust nach dem Wechsel von der Landesregierung in die Opposition sorgte bei der FDP für massive Kompetenzverluste. Nach zwölf Prozent im Jahr 2006 trauten bei dieser Wahl nur noch fünf Prozent der FDP zu, die Wirtschaft im Land voran zu bringen. Steuersenkungen als das jahrelange FDP-Erfolgsthema galten auch hier als nicht finanzierbar, und der Positionswechsel in der Atompolitik wurde auch in Bezug auf die Liberalen als wenig überzeugend wahrgenommen.

Die bisher nicht im Landtag vertretene Linke war in Rheinland-Pfalz nur schwach profiliert. Sie galt als Partei, die zwar Missstände benennt, aber keine finanzierbaren Lösungen aufzeigt. Die starke Position der SPD im Bereich soziale Gerechtigkeit verhinderte zudem ihr besseres Abschneiden.

3.8. Wählermotive

Nicht nur der Wahlkampf wurde durch die Atomdebatte überlagert, sondern auch die Wahlentscheidungen selbst. Das wichtigste inhaltliche Motiv für die Entscheidung aller rheinland-pfälzischen Wähler waren Umwelt- und Energiefragen, die von 38 Prozent als maßgeblich für ihr Parteilvotum angegeben wurden (vgl. Tabelle 5). Dieser Themenkomplex hat im Vergleich zur letzten Wahl massiv an Bedeutung gewonnen (+29 Punkte) und war der wichtigste Grund, das Kreuz bei den Grünen, aber auch bei der SPD zu machen. Ihre Profilierung als glaubwürdige Anti-Atom-Partei kam den Grünen zugute, so dass die Zuwanderung von den politischen Wettbewerbern vor allem dadurch motiviert war. Die Paralleltäten zwischen den sozialdemokratischen und grünen Wählern gehen noch weiter:

	Alle		SPD		CDU		Grüne		FDP		Linke	
	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.
Umwelt / Energie	<u>38</u>	+29	<u>37</u>	+30	<u>22</u>	+18	<u>84</u>	+22	<u>21</u>	+15	<u>37</u>	+31
Wirtschaft	<u>32</u>	-2	<u>29</u>	-2	<u>43</u>	+5	13	±0	<u>60</u>	+6	21	-10
Schule / Bildung	<u>26</u>	+6	28	+7	<u>27</u>	+8	<u>24</u>	-1	<u>25</u>	+5	19	+8
Soziale Gerechtigkeit	25	±0	<u>32</u>	+1	17	+3	<u>27</u>	-8	11	-1	<u>45</u>	-29
Arbeitsmarkt	19	-6	23	-1	18	-9	9	-5	20	-6	<u>29</u>	+1
Familienpolitik	13	-6	17	-3	11	-10	12	-5	7	-7	17	+4
Finanzen / Verschuldung	10	-	5	-	15	-	6	-	13	-	8	-
Innere Sicherheit	9	-3	8	-3	13	-5	3	-1	13	+4	9	+3
Einwanderung / Integration	8	-2	5	-2	7	-4	8	-1	8	-1	18	+6
Steuerpolitik	7	-2	7	+1	9	-1	3	-2	11	-13	13	-2
Verkehrspolitik	3	-	3	-	4	-	4	-	4	-	4	-

Anmerkung: Spaltenprozent; Mehrfachnennungen. Die drei wichtigsten Motive sind unterstrichen. Motive ohne Differenz wurden 2006 nicht erhoben.
Quelle: Wahltagsbefragungen von ARD/Infratest dimap.

Bei beiden rangierte die Frage sozialer Gerechtigkeit an zweiter Stelle, die Bildungsthematik nur wenige Punkte dahinter. Für die Wähler der Linken standen die soziale Gerechtigkeit sowie die Umwelt- und Energiepolitik im Vordergrund. Bei beiden Themen hatte sie jedoch mit SPD beziehungsweise Grünen so starke inhaltliche Konkurrenz, dass ein Erstarren der Linkspartei in Rheinland-Pfalz schwierig war.

Die Stimmabgabe zugunsten der bürgerlichen Parteien CDU und FDP war – dem klassischen Muster entsprechend – in erster Linie durch Wirtschaftsthemen bestimmt. Für liberale Wähler war die Steuerpolitik das Themenfeld mit dem größten Bedeutungsverlust.

3.9. Bedeutung der Spitzenkandidaten

Popularitätseinbußen musste die SPD vorrangig auf personeller Ebene hinnehmen. In der direkten Konfrontation *Becks* mit seiner Herausforderin hätte sich zwar eine Mehrheit für den Amtsinhaber entschieden (57 zu 35 Prozent) – sein Vorsprung fiel aber deutlich geringer aus als 2006 gegen *Christoph Böhr*. Dies lag, neben Ansehensverlusten während *Becks* Zeit als SPD-Bundesvorsitzender³⁵, vor allem an der neuen CDU-Spitzenkandidatin: *Julia Klöckner* konnte genauso viele Sympathiepunkte einsammeln wie der Regierungschef (43 zu 43 Prozent). Ihr ist es offenbar gelungen, sich als junge und frische Alternative zum dienstältesten Ministerpräsidenten Deutschlands zu präsentieren. Der SPD-Mann galt allerdings als der Kandidat mit höherer Glaubwürdigkeit, mehr Bürgernähe und einem besseren öffentlichen Auftreten, der sich zudem stärker für soziale Gerechtigkeit einsetzt und über größeren wirtschaftlichen Sachverstand verfügt. Sein Vorsprung in diesen Bereichen ist jedoch wesentlich kleiner geworden. Ein Grund dafür ist, dass aus Sicht der Bürger *Beck* stärker in Affären seiner Partei verwickelt war als *Klöckner* in der CDU. Folglich machten weniger Wähler ihr Kreuz vorrangig wegen *Beck* bei der SPD als 2006 (37 Prozent, -9 Prozentpunkte). Die Bedeutung des personellen Angebots der CDU für das Wahlvotum ist hingegen deutlich größer geworden (30 Prozent, +11 Prozentpunkte).

Der liberale Spitzenkandidat *Mertin* konnte aus der Opposition heraus nicht so gute Beliebtheitswerte (26 Prozent waren mit seiner Arbeit zufrieden) aufweisen wie sein Vorgänger in dieser Rolle, *Hans-Artur Bauckhage*, verfügte aber trotzdem über deutlich bessere Bekanntheits- und Beliebtheitswerte als *Eveline Lemke* (17 Prozent zufrieden). Für die Grünen war das verschmerzbar, denn die Spitzenkandidaten spielen bei den Grünen üblicherweise keine herausragende Rolle.

4. Regierungsbildung und Oppositionsformierung

Noch am Wahlabend bewies *Kurt Beck* seine Stärke im Umgang mit Menschen, als er auf der Wahlparty der Grünen auftauchte und die ersten Signale Richtung Rot-Grün sendete. Die Grünen fühlten sich sichtlich geschmeichelt und waren wohl auch froh, den erfahrenen Ministerpräsidenten an ihrer Seite zu haben.³⁶

³⁵ Vgl. Infratest dimap, SWR PoliTrend Rheinland-Pfalz Dezember 2009, Berlin 2009.

³⁶ Das Pflegen politischer Kontakte zu den Grünen begann nicht erst nach dem 27. März 2011, sondern bereits in der vorangegangenen Wahlperiode, denn Ministerpräsident *Beck* hatte nach dem Ausscheiden der Grünen aus dem Parlament regelmäßige Kontakte zu der neuen Parteispitze

Nur wenige Tage nach der Wahl führten die beiden Parteien erste Sondierungsgespräche. Angesichts selbstbewusster Grüner wurden schwierige Verhandlungen erwartet, auch wenn Rot-Grün das Wunschbündnis von beiden war. Um Gemeinsamkeiten auszuloten, führten die Grünen auch Gespräche mit der CDU, machten aber unmittelbar nach dem Urnengang deutlich, was sie bevorzugen: „Wir haben ein klares Prä für die SPD, weil wir mehr inhaltliche Schnittmengen sehen und eine Anti-Atom-Koalition wollen.“³⁷ Rot-Grün war auch der Favorit der Bürger: 52 Prozent waren der Meinung, dass dieses Bündnis gut für Rheinland-Pfalz sei. Allerdings gab es auch eine Reihe von strittigen Themen, darunter vor allem die großen Infrastrukturprojekte. Schwerpunkte der Koalitionsvereinbarung sind Bildung, die Konsolidierung des Haushalts und der Ausbau erneuerbarer Energien. An den Grundschulen sollen bis 2016 die Klassengrößen schrittweise gesenkt werden und jede zweite Schule Ganztagsbetreuung anbieten. Die von den Grünen geforderten Lernentwicklungsberichte werden nicht statt Noten eingeführt, sondern sind auf Wunsch der Beteiligten eine Ergänzung. Alle Bildungsangebote bleiben gebührenfrei. Allerdings sollen mit Blick auf die Sparziele der Regierung 2.000 Lehrerstellen eingespart werden, wobei nach Aussage *Becks* aufgrund sinkender Schülerzahlen eigentlich 3.000 hätten gestrichen werden können. Auch die Polizei und Vermessungs-, Kataster- und Grundbuchämter sollen ihren Sparbeitrag leisten, denn Rot-Grün hat sich ein jährliches Einsparvolumen von 220 Millionen Euro zum Ziel gesetzt, um die in der Verfassung festgeschriebene Schuldenbremse bis 2020 einhalten zu können. Hinzu kommt eine Erhöhung der Grunderwerbssteuer sowie eine Begrenzung des Anstiegs der Beamtenbezüge auf ein Prozent. In der Energiepolitik planen die beiden Parteien eine Verfünfachung der Windenergie bis 2020, so dass zehn Jahre später der Energiebedarf des Landes komplett aus erneuerbaren Energien gedeckt werden kann. Als „die größte Kröte, die wir schlucken mussten“, bezeichnete *Eveline Lemke* den Weiterbau der Hochmoselbrücke, deren Stopp hohe Kosten für das Land nach sich gezogen hätte.³⁸ Im Gegenzug wird die Mittelrheinbrücke bei St. Goar nicht gebaut – was die SPD allerdings schon vor den Koalitionsverhandlungen abgeschrieben hatte. Beim Nürburgring konnten sich die Grünen nur mit einer Reduzierung der Subventionen für kommende Formel 1-Rennen durchsetzen. Auch beim Flughafen Hahn sollen die staatlichen Zuschüsse reduziert werden, ein Nachtflugverbot konnte die Öko-Partei jedoch der SPD nicht abringen.³⁹ Die vereinbarte Zusammenlegung der beiden Oberlandesgerichte Koblenz und Zweibrücken in der deutlich kleineren Stadt an der Grenze zum Saarland hat massive Proteste hervorgerufen.⁴⁰

gepflegt. Darüber hinaus wurde die frühere Fraktionsvorsitzende *Ise Thomas* Geschäftsführerin bei einer landeseigenen Projektentwicklungsgesellschaft. Siehe dazu *Marc Widmann*, Mainzer Annäherungsversuch, in: SZ vom 29. März 2011, S. 6.

37 *Daniel Köbler* zitiert nach ebenda.

38 Dieser von vielen Kommentatoren als „Umfaller“ bezeichnete Sachverhalt hat den Grünen offenbar nicht geschadet: In der September-Umfrage des SWR PoliTrend erreichten sie einen Wähleranteil von 16 Prozent. Die SPD ist im Vergleich zum Wahlergebnis mit 39 Prozent gestärkt, während CDU (34 Prozent) und FDP (zwei Prozent) schwächer abschneiden; vgl. Infratest dimap, SWR PoliTrend September 2011, Berlin 2011.

39 Vgl. Koalitionsvertrag Rheinland-Pfalz 2011-2016 – Den sozial-ökologischen Wandel gestalten, <http://spdnet.sozl.info/rlp/dl/Koalitionsvertrag.pdf> (Abruf am 21. November 2011); siehe auch „Beck: Kein Kahlschlag bei der Bildung“, in: Die Rheinpfalz vom 26. Mai 2011, S. 1; *Thomas Holl*, Krötenwanderung über der Mosel, in: FAZ vom 4. Mai 2011, S. 5.

40 Vgl. *Matthias Bartsch*, Weit weg von de Leut, in: Der Spiegel vom 1. August 2011, S. 23 f.

<i>Tabelle 6: Das rheinland-pfälzische Kabinett nach der Landtagswahl 2011</i>	
Ministerpräsident	<i>Kurt Beck</i> (SPD)
Chef der Staatskanzlei (Staatssekretär)	<i>Martin Stadelmaier</i> (SPD)
Ministerin für Europa- und Bundesangelegenheiten	<i>Margit Conrad</i> (SPD)**
Ministerin für Wirtschaft, Klimaschutz, Energie und Landesplanung und stellvertretende Ministerpräsidentin	<i>Eveline Lemke</i> (Grüne)*
Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur	<i>Doris Ahnen</i> (SPD)
Minister des Innern, für Sport und Infrastruktur	<i>Roger Lewentz</i> (SPD)*
Minister der Finanzen	<i>Carsten Kühn</i> (SPD)
Minister der Justiz und für Verbraucherschutz	<i>Jochen Hartloff</i> (SPD)*
Ministerin für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demographie	<i>Malu Dreyer</i> (SPD)
Ministerin für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen	<i>Irene Alt</i> (Grüne)*
Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft, Ernährung, Weinbau und Forsten	<i>Ulrike Höfken</i> (Grüne)*
* Neu im Kabinett. ** Neu in dieser Funktion. Quelle: Eigene Zusammenstellung.	

Die neue Landesregierung besteht aus acht Ministerien, eines mehr als bisher, und ist erstmals mehrheitlich weiblich (vgl. Tabelle 6). Die Grünen stellen davon drei Ressortchefs. Außer dem Finanzminister (*Kühn*), dem Bildungsministerium (*Ahnen*) und dem Sozialministerium (*Dreyer*) haben alle anderen Ressorts eine neue Leitung. Dazu gehören auf SPD-Seite das Innenministerium, wo *Roger Lewentz* vom Staatssekretär zum Minister aufrückte, und das um den Verbraucherschutz erweiterte Justizministerium, das nun vom bisherigen Fraktionsvorsitzenden *Jochen Hartloff* geführt wird. *Eveline Lemke* hat sich im Wirtschaftsministerium umfangreiche Kompetenzen gesichert, zu denen auch die Klima- und Energiepolitik sowie die Landesplanung gehören. Damit ist sie verantwortlich für den Ausbau der erneuerbaren Energien. Die Zuständigkeit für die „leidige Nürburgeringdebatte“⁴¹ gab *Lemke* an das Innenressort ab. Neben der „Superministerin“ führt die grüne Kommunalpolitikerin aus dem Landkreis Mainz-Bingen *Irene Alt* das neu geschaffene Ministerium für Integration, Familie, Kinder Jugend und Frauen. Die langjährige Bundestagsabgeordnete *Ulrike Höfken* aus dem Wahlkreis Bitburg steht an der Spitze des Ministeriums für Umwelt, Landwirtschaft, Ernährung, Weinbau und Forsten. Die bisherige Umweltministerin von der SPD, *Margit Conrad*, vertritt künftig das Land Rheinland-Pfalz beim Bund und auf europäischer Ebene und gehört damit weiterhin dem Kabinett an.

Am 18. Mai wurde *Kurt Beck* im Mainzer Deutschhaus zum fünften Mal zum Ministerpräsidenten von Rheinland-Pfalz gewählt. Er erhielt alle 60 Stimmen der rot-grünen Koalition. Sollte *Beck* – wie angekündigt – die gesamte Wahlperiode im Amt bleiben, wäre er der Ministerpräsident mit der zweitlängsten durchgehenden Amtszeit in Deutschland⁴² und würde damit zu *Peter Altmeier* aufschließen, seinem Amtsvorgänger von 1947 bis 1969. Neuer SPD-Fraktionsvorsitzender wurde der bisherige Wirtschaftsminister *Hendrik Hering*,

41 *Bernd Freytag*, Viel gewonnen, in: FAZ vom 4. Mai 2011, S. 14.

42 *Bernhard Vogel* war über einen noch längeren Zeitraum Ministerpräsident – allerdings nur, wenn man seine Amtszeiten in Rheinland-Pfalz und später in Thüringen addiert.

obwohl *Hartloff* offenbar gern an der Spitze der Fraktion geblieben wäre.⁴³ Neben Bildungsministerin *Ahnen* gelten sowohl *Hering* als auch Innenminister *Lewentz* als mögliche Kandidaten für die Nachfolge von *Beck*.⁴⁴

Die Grünen-Fraktion bestimmte *Daniel Köbler* zu ihrem Vorsitzenden. Durch *Lemkes* und *Köblers* neue Ämter bedurfte es der Neubestimmung der grünen Parteispitze. Am 18. Juni wurden *Britta Steck* (vorher Schatzmeisterin) und *Uwe Diederichs-Seidel* als neue Landesvorstandssprecher gewählt.

Die CDU-Spitzenkandidatin *Klößner* wurde am 30. März einstimmig zur neuen Fraktionsvorsitzenden gewählt und damit Nachfolgerin von *Christian Baldauf*, der ihr nach Landesvorsitz und Spitzenkandidatur auch bei diesem Amt den Vortritt ließ. *Baldauf* ist nun einer ihrer Stellvertreter.⁴⁵

Als Reaktion auf das Scheitern seiner Partei an der Sperrklausel kündigte *Rainer Brüderle*, der erst zwei Wochen vor der Wahl mit 96,1 Prozent wiedergewählt worden war, seinen Rückzug vom Landesvorsitz an. Er war 28 Jahre Landesvorsitzender, hatte die FDP in den 1980er Jahren im Parlament und in die Regierungsverantwortung geführt und übernahm nun die Verantwortung für das parlamentarische Aus. Ein Parteitag im Mai bestimmte *Brüderle* zum Ehrenvorsitzenden, den Bundestagsabgeordneten und Finanzpolitiker *Volker Wissing* zum neuen Landesvorsitzenden.

5. Zusammenfassung

- (1) Die Wahl am 27. März 2011 zeigte die größte Volatilität, die es in der rheinland-pfälzischen Wahlgeschichte je gab. Aufgrund eines Rekordminus von 9,9 Punkten verlor die SPD die absolute Mehrheit und erreichte nur noch 35,7 Prozent. Die CDU kam mit 35,2 Prozent zwar nur auf ihr zweitschlechtestes Ergebnis im Lande, sah sich aber als einen der Wahlgewinner, weil die SPD in Reichweite schien und erstmals seit den 1980er Jahren wieder ein Stimmenzuwachs zu verzeichnen war. Eindeutiger Wahlsieger waren die Grünen, die ihren Wähleranteil aus der außerparlamentarischen Opposition auf 15,4 Prozent verdreifachen konnten. Klarer Verlierer war die FDP, die mit 4,2 Prozent nach 24 Jahren aus dem Landtag ausschied. Die Linke scheiterte mit 3,0 Prozent trotz Zuwächsen deutlich an der Sperrklausel.
- (2) Die 15. Wahlperiode und der Wahlkampf waren von einer Reihe von Affären und Skandalen geprägt, die SPD und CDU belasteten. Als Folge des Atomunglücks im japanischen Fukushima zwei Wochen vor dem Wahlgang und der nachfolgenden Atomdebatte in Deutschland politisierte sich die Themenagenda auch im atomemeilerfreien Rheinland-Pfalz stark. Darüber hinaus war der Wunsch nach einem dosierten Regierungswechsel sehr groß. Infolgedessen stieg die Wahlbeteiligung auf 61,8 Prozent an.

43 Vgl. *Arno Becker*, Der Kurt zieht gar nicht alle Strippen, in: Die Rheinpfalz vom 2. April 2011, S. 16.

44 Vgl. *Thomas Holl*, Im Auenland, in: FAZ vom 18. Mai 2011, S. 8.

45 Der Abgeordnete *Michael Billen* ist nicht nur einer Verurteilung entgangen, sondern kann sich in dieser Wahlperiode mit seinem Platz in der zweiten Parlamentsreihe wieder als vollwertiges Mitglied der CDU-Fraktion betrachten.

- (3) Die SPD war wie 2006 inhaltlich breit aufgestellt, mit Stärken in der Wirtschafts- und der Sozialpolitik. Eine Mehrheit war zufrieden mit der Regierungsarbeit, Ansehenseinbußen musste die SPD vor allem auf personeller Ebene hinnehmen; die Affären und Skandale der Landesregierung wurden auch Ministerpräsident *Kurt Beck* angelastet. Deshalb wünschten sich 81 Prozent auch einen Regierungspartner an der Seite der Sozialdemokraten. Diesen fanden viele ehemalige SPD-Wähler in den Grünen, die mit ihrer Glaubwürdigkeit als Anti-Atom-Partei wuchern konnten. Entscheidend für die Wettbewerbsposition der SPD bei der nächsten Wahl dürfte sein, ob der Wechsel des spätestens 2016 aus dem Amt scheidenden *Beck* zu seinem Nachfolger gelingt.
- (4) *Julia Klöckner* konnte die Konflikte innerhalb der CDU beilegen, sich selbst als hoffnungsvolle Personalalternative präsentieren und damit zwei Gründe für das Scheitern ihrer Partei in den letzten zwanzig Jahren beseitigen. Für die inhaltliche Profilierung ihrer Partei, ein weiteres Defizit, hat sie als Fraktionsvorsitzende und Oppositionsführerin jetzt fünf Jahre Zeit. Der CDU könnte allerdings bei der nächsten Wahl angesichts einer schwachen FDP ein bürgerlicher Koalitionspartner fehlen. Sie muss sich daher gegenüber den Grünen öffnen, um Machtoptionen zu bekommen.
- (5) Der sensationelle Wahlerfolg der Grünen ist Resultat des Wählerzustroms vor allem von der SPD sowie der Mobilisierung ehemaliger Nichtwähler. Überzeugen konnten sie dank eines Glaubwürdigkeitsbonus, der auf ihrer Beharrlichkeit in Umwelt- und Klimafragen basiert. Nach Fukushima war die Umwelt- und Energiepolitik das wichtigste Thema für die Wahlentscheidung, so dass die Grünen ihren Kompetenzvorsprung beim richtigen Umgang mit der Atomkraft ausspielen konnten. Außerdem wünschten sich zwei Drittel der Rheinland-Pfälzer eine Regierungsbeteiligung der Grünen.
- (6) Die FDP konnte ihren Bedeutungsverlust nach dem Ausscheiden aus der Regierung 2006 nicht auffangen; Folge waren massive Profilverluste. Hinzu kamen das schlechte Ansehen der Bundes-FDP sowie die als unglaublich wahrgenommene Kehrtwende der schwarz-gelben Bundesregierung in der Atompolitik.
- (7) Die innerparteiliche Zerstrittenheit der Linkspartei und das ausgeprägte sozialpolitische Profil der SPD haben den Einzug der Linken in ein weiteres westdeutsches Landesparlament verhindert.
- (8) Bei den Koalitionsverhandlungen konnten die Grünen drei von acht Ressorts besetzen, darunter das wichtige Wirtschaftsministerium mit der Zuständigkeit für den Umbau der Energieversorgung im Land. Dafür mussten sie jedoch andere Projekte akzeptieren, die sie vor der Wahl vehement abgelehnt hatten. Die Schaffung eines zusätzlichen Ministeriums kritisierte die Opposition vor allem wegen des zugleich verordneten Sparkurses der Landesregierung zur Einhaltung der Schuldenbremse. Neben der Haushaltskonsolidierung sind die Bildung und der Ausbau erneuerbarer Energien die wichtigsten Schwerpunkte der Koalitionsvereinbarung.